

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse

des Ausschusses für Technik und Umwelt

vom 18.03.2021

Sitzung: Öffentlich

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 21:34 Uhr

Zahl der Mitglieder des Ausschusses für Technik und Umwelt: 12

Anwesend: Erster Bürgermeister Janocha als Vorsitzender

und 12 Ausschussmitglieder

Anwesend:

StR Degler
StR Demir
StR Dobler
StR'in Eusebi
StR Franke
StR Gül
StR Härtner
StR Hettich
StR Dr. Ketterer
StR'in Konrad
StR'in Ribbeck
StR Scheib

Abwesend:

StR Bauer
StR'in Dr. Ulfert

Außerdem anwesend:

Herr Baudezernent Setzer
Herr Großmann
Herr Kaltenleitner
Herr Stier
Herr Wagner
Frau Aßmus

Zur Beurkundung

**Erster Bürgermeister
Janocha:**

Für den Ausschuss:

Schriftführer:

Tagesordnung

- § 12 Bebauungsplan mit örtlichen Bauvorschriften „Obere Walke, Teil I“, Neufestsetzung im Bereich zwischen „Gartenstraße und Murr und Flst. 406/3 und Flurstück 451“, Planbereich 05.07/5 in Backnang
- Auslegungsbeschluss
- § 13 56. Änderung des Flächennutzungsplans der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Backnang im Bereich gewerbliche Baufläche "Stockwiesen", Gemeinde Weissach im Tal, Ortsteil Oberweissach
- Feststellungsbeschluss
- § 14 57. Änderung des Flächennutzungsplans der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Backnang im Bereich "Sonderbaufläche Lebensmittelmarkt", Gemeinde Burgstetten, Ortsteil Burgstall
- Feststellungsbeschluss
- § 15 Baubeschlüsse für Umbau,- und Sanierungsmaßnahmen an Schulen, Sporthallen und Verwaltungsgebäuden im Rahmen des genehmigten Haushaltsplans
- § 16 Sanierung der Gemeinschaftsschule in der Taus – 5. Bauabschnitt, Haupt- und Zwischenbaugebäude – Vergabe der Lüftungsinstallationsarbeiten
- § 17 Fuß- und Radwegebrücke über die Stuttgarter Straße – Sachstandsbericht
- § 18 Anfragen

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Ausschusses für Technik und Umwelt am 18. März 2021 - Öffentlich -	Anwesend: Erster Bürgermeister Janocha als Vorsitzender und 12 Stadträte; Normalzahl 12
--	---

§ 12

Bebauungsplan mit örtlichen Bauvorschriften „Obere Walke, Teil I“, Neufestsetzung im Bereich zwischen „Gartenstraße und Murr und Flst. 406/3 und Flurstück 451“, Planbereich 05.07/5 in Backnang
- Auslegungsbeschluss

Herr Großmann erläutert den Tagesordnungspunkt anhand der Präsentation.

1. Ausgangslage

Der Gemeinderat der Stadt Backnang hat am 23.07.2020 die erneute Aufstellung des o. g. Bebauungsplans und der örtlichen Bauvorschriften sowie die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung beschlossen. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgte in der Zeit vom 03.08.2020 bis 15.09.2020. Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung war außerdem bei einer Bürgerinformationsveranstaltung am 15.09.2020 im Technikforum Backnang gegeben.

Bezüglich der von den Trägern öffentlicher Belange und den Bürgern im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebrachten Anregungen und Stellungnahmen wird auf den Abwägungsvorschlag des Stadtplanungsamts vom 01.03.2021 verwiesen. Die Anregungen und die jeweiligen Abwägungsvorschläge werden in ihrem wesentlichen Wortlaut in der Sitzung vorgetragen.

2. Wesentliche Änderungen

Die Weiterentwicklung zur frühzeitigen Beteiligung erfolgte im Wesentlichen auf Basis der bisherigen städtebaulichen Konzeption und nach Übernahme der Änderungen aus den Abstimmungen mit den Fachbehörden:

- **Entfall** der oberirdischen **Parkierungsanlage** und Ersatz durch ein Gebäude. Dadurch erfolgt eine nahezu vollständige Unterbringung der für die Wohnungen notwendigen Stellplätze in Tiefgaragen.
- Anpassungen in den Baufeldern aufgrund **architektonischer Machbarkeitsstudien**. **Weiterentwicklung** der unterschiedlichen **Quartiersqualitäten** über Zuordnung zu Wohnhöfen und gestalteten Freibereichen.
- Festlegung der **finalen Geländehöhen**. Das Plangebiet wird weitestgehend im Untergrund abgedichtet und mit neuem, unbelastetem Material aufgefüllt. Die Anhebung dient auch dem Hochwasserschutz.
- Im Bereich der **Retentionsflächen** werden bei der Herstellung der Rückhaltevolumina große Teile der vorhandenen Auffüllungen entnommen. Auf dieser Fläche kann der Nachweis der **schadlosen Versickerung** von anfallendem Niederschlagswasser erbracht werden.
- Änderungen der städtebaulichen Konzeption im östlichen Abschnitt (BA 5) auf Basis der schalltechnischen Untersuchung.
- **Umsetzung** und **Verortung** verschiedener Bausteine der **Mobilitätskonzeption** (Carsharing, Fahrradleihsystem inkl. Lastenräder, Paketstation, erdgeschossige Fahrradabstellanlagen etc.)

Die wesentlichen Änderungen werden im Rahmen der Sitzung vorgestellt.

3. Konkretisierung Freianlagen- und Grünplanung

Wie im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung kommuniziert, erfolgte in enger Abstimmung und auf Basis der Fachplanung die Ausarbeitung einer **Gestaltungskonzeption** für die Retentions- und Grünflächen, sowie für Bereiche des zukünftigen Quartierboulevards. Kern des Gestaltungskonzepts sind einzelne prägnante Elemente (Natursteinblöcke), eingelagert in eine naturnahe, landschaftliche Abfolge linearer Mulden. Ergänzt werden an verschiedenen Stellen ansprechende und ökologisch hochwertige Elemente. Einzelne geschützte Bereiche werden als Biotopflächen angelegt. Die **Böschungsbereiche** in Richtung der Neubebauung („Stadtkante“) werden im Wechsel unterschiedliche ausgebildeter Elemente (Hecken im Bereich der Gärten, freier Durchblick in die Wohnhöfe) gestaltet. Diese nördlichen Böschungsbereiche werden durch wechselnd hohe Bruchsteinmauern, bewachsene

Böschungen und durchgehende Betonmauern charakterisiert. Die südlichen Böschungsbereiche werden durchgehend als weich modellierte Böschung ausgebildet. Bei der Bepflanzung der Böschungen werden Gehölze gewählt, welche die Böschung schnell durchwurzeln.

Die **Muldenbereiche** als überwiegend ebene Sohlflächen werden als Landschaftsrasen mit unterschiedlichen Liege- und Spielwiesen angelegt. Im Wechsel werden extensive, mit Wildkräuter angereicherte Bereiche eingestreut.

4. Sicherung der planerischen Ziele

- Die Entwurfs- und Ausführungsplanung für die Retentions- und Freibereiche werden zur Satzung Gegenstand der städtebaulichen Verträge. Damit wird die Umsetzung gesichert.
- Gemäß dem Grundsatzbeschluss der Stadt Backnang vom 23.07.2020 werden in den verschiedenen Bauabschnitten öffentlich förderbare Wohnungen entsprechend dem aktuellen Landeswohnraumförderungsprogramm entstehen.
- Die durch die DIBAG als privater Erschließungsträger umzusetzenden Bausteine der Mobilitätskonzeption werden im Erschließungsvertrag gesichert (Quartiersräder, E-Lastenräder, Car-Sharing-Fahrzeuge, zentrale Paketbox, erdgeschossige Fahrradabstellmöglichkeiten mit Ladepunkten).

Im weiteren Verfahren ist nun der Bebauungsplanentwurf öffentlich auszulegen und das förmliche Anhörungsverfahren durchzuführen.

Herr Kuhlen erläutert anhand der Sitzungsvorlage.

Herr Großmann führt anhand der Präsentation aus.

Herr Schwarz (WAC AG Stuttgart) erklärt anhand der Präsentation.

Frau Fritz (DiBAG) trägt anhand der Sitzungsvorlage zum Entwässerungskonzept, der Retention und zum Mobilitätskonzept vor.

Herr Großmann erklärt die Abwägung anhand der Anlage.

Stadtrat Härtner begrüßt grundsätzlich die Bebauung der Oberen Walke. Er fragt, was mit der CO² Neutralität sei, denn wenn diese nicht aufgeführt sei, könne er den Bauantrag nur ablehnen. Er bezweifle, dass bei dieser Bodenschicht große Bäume überhaupt wachsen

können. Außerdem wäre ihm wichtig, dass man Tierarten nicht nur vertreibt, sondern Habitatmöglichkeiten schaffe, beispielsweise mit dem alten Trafohaus gegenüber. Weiter stellt er die Frage, wie das Sickerwasser technisch aufbereitet werde.

Er stellt außerdem die Frage, wie Notärzte ins Gebiet kommen können und wie es mit Parkungen von größeren Fahrzeugen, wie z. B. Wohnmobile, die nicht in die Tiefgarage passen, aussehe. Weiter bittet er um Stellungnahme zum Chromanteil im Boden.

Frau Fritz erklärt zum Thema CO² Neutralität, dass es im Wesentlichen um die Wärmeversorgung gehe. Es werde ein innovatives Energiekonzept entwickelt, welches aber nicht ganz ohne fossilen Brennstoff auskommen werde.

Es sei eine festgesetzte Dachbegrünung vorgesehen, die auch als Regenwasserspeicher gedacht sei. Weiter sehe man auch das Carsharing und die Elektromobilität. Die Fahrzeuge sollen elektrisch sein, auch die Fahrräder, sodass in diesen Bereichen kein fossiler Brennstoff verwendet werden müsse. Eine absolute CO² Freiheit werde aber nicht möglich sein.

Herr Großmann führt aus, dass es nachweisbar sei, dass wir die Belange ernst nehmen. Das Thema Grundeignung für entsprechende Tierarten sei vorgesehen. Notärzte hätten im vorderen Bereich Möglichkeiten ihr Fahrzeug abzustellen. Anderenfalls gebe es noch die Möglichkeit auf dem Boulevard zu parken, dies sei aber nicht vordergründig.

Herr Schwarz erklärt zum Thema Bodenstoffe, dass ihm die Ergebnisse alle vorliegen. Im Grundwasser sei nichts gefunden worden, wobei es nicht viele Untersuchungen dazu gegeben habe. Weiter erklärt er, dass dies damals ein Gerbereistandort gewesen sei und dort bei der Herstellung Chrom verwendet worden sei. Dies könne man dort messen und es sei teilweise in größeren Mengen im Boden vorhanden, aber man werde Möglichkeiten für die Oberfläche finden.

Stadtrat Härtner ist der Meinung, dass das Energiekonzept noch nicht deutlich sei.

Frau Fritz erklärt, dass es noch zu früh sei, aber zur nächsten Beschlussfassung würden sie weiter sein, um es dann dem Gemeinderat vorzutragen.

Stadtrat Dr. Ketterer erklärt, dass sie voll hinter dem Projekt stehen würden. Die vorher genannten Probleme könne man erst sicher sehen, wenn es mit dem ersten Bauabschnitt losgehe. Dort werde man dann sehen, wie es weitergeht und ggf. Änderungen

veranlassen. Außerdem interessiere er sich für die geplanten Aufteilungen der künftigen Wohnungen.

Stadtrat Franke pflichtet Stadtrat Härtner bei und sehe Probleme mit dem Klimaschutz und man müsse dort nacharbeiten, da momentan viel zu wenig erkennbar sei, vor allem beim Thema Energiekonzept. Beim Thema Mobilitätskonzept fehle ihm der Ausgleich zwischen ÖPNV, Fußgänger-, Rad- und Autoverkehr. Er fragt, woher man sicher sein könne, dass der Individualverkehr nicht nach wie vor eine relativ große Rolle spiele. Er ist der Meinung, dass bei 500 Wohnungen viel Besucherverkehr aufkommen werde und dann doch überall geparkt werden würde. Auch sollte bedacht werden, was die Wohnungsaufteilung für das Gesamtkonzept bedeute. Er fragt, ob es auch Möglichkeiten zur Kommunikation unter Dach gebe. Weiter fragt er, ob man sich beim Thema Altlasten sicher sein könne, dass diese alle beseitigt werden können.

Baudezernent Setzer erklärt, dass auch er über die ärztliche Versorgung nachdenke, um den entsprechenden Mehrwert schaffen zu können. Der Bebauungsplan könne als Angebot gesehen werden, sodass man sich auch umentscheiden könne. Er stellt klar, dass die DiBAG sich am aktuellen Marktgeschehen orientiere, sodass für alle Personengruppen Platz geschaffen werden könne. Außerdem könne man auch in den letzten Bauabschnitten noch Änderungen vornehmen. Er nehme die Anregung von Stadtrat Franke mit, es müsse aber auch gesehen werden, dass die Räumlichkeiten bezahlt und betreut werden müssten. Weiter führt er aus, dass eine Paketbox als Möglichkeit eingeplant sei, sodass keine Lieferdienste überall parken müssen. Auf das Thema Klimaschutz erklärt er, dass man auf dieses Thema nochmals zu sprechen kommen werde. Die Stadtwerke seien involviert und man würde das Konzept vorstellen, sobald es spruchreif sei.

Herr Kuhlen pflichtet Baudezernent Setzer bei und erklärt, dass sie nicht mehr viel hinzuzufügen hätten. Es sei ein Mix aus etwa 6 % Ein-Zimmer-Wohnungen, 50 % Zwei-Zimmer-Wohnungen, 36 % Drei-Zimmer-Wohnungen und aus 46 % Vier-Zimmer-Wohnungen geplant. Es könne aber auch noch nachgeplant werden. Weiter führt er aus, dass die verschiedenen Tierarten unterstützt werden sollen, etwa mit Nisthilfen. Auf dieses Thema werde man aber auch nochmals genauer eingehen.

Stadtrat Gül fragt, ob die vorhandenen Schadstoffe entsorgt werden würden und wie eine geplante Grünfläche bewässert werden solle, gerade im Hinblick auf immer wärmere Sommer und weniger Niederschläge. Weiter fragt er nach, ob die vorhandenen Altlasten auch abgekapselt werden könnten. Außerdem fragt er, ob es eine Nachuntersuchung für die

Betonschutzmauer gibt, ob diese nicht vielleicht brechen werde. Er interessiert sich weiter dafür, wie viele von den 1.000 Fahrradstellplätzen mit Ladestationen für E-Bikes ausgestattet sein werden. Die Ausfahrt an der Ostseite des Areals halte er für kritisch, was das Ein- und Ausfahren angehe. Auch würde es ihn interessieren, ob jedes Haus mit Glasfaser versorgt werden wird.

Stadtrat Dobler erkundigt sich, was die geplante Zielgruppe des Quartiers sei und dass das Verhältnis zusammenpassen müsse. Er fragt, ob ein medizinisches Versorgungszentrum oder ein Ärztehaus vorgesehen seien. Weiter fragt er, ob die Müllabfuhr durch das komplette Areal fahren müsse. Außerdem erkundigt er sich, wie viele Jahre diese Beschichtung für den Boden halten werde. Er fragt auch nach der Größe der Bodenfläche, die abgetragen werden soll.

Stadtrat Härtner stellt fest, dass Backnang in zehn Jahren klimaneutral werden soll und man durch dieses Projekt eine Klimaneutralität nicht erreichen würde. Weiter teilt er mit, dass er nach dem heutigen Stand keine Zustimmung zum Verfahren erteilen werde.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Stadtwerke intensiv mit dem Energiekonzept beschäftigt sind.

Frau Schwarz erklärt zum Thema Altlasten, dass es darum gehe, die Gefahren für Mensch und Umwelt abzufangen. Man könne nur schwer definieren, welcher Anteil der aktuellen Bodenfläche abgetragen werden müsse. Man könne die lila eingefärbten Flächen sehen, dieser Teil werde ausgehoben, weil dort die Tiefgaragen gebaut werden sollen.

Die geplante Betonschutzmauer halte ewig. Es werde natürlicher Ton in den Boden eingearbeitet, welcher auch nicht kaputtgehen werde.

Baudezernent Setzer ist der Meinung, dass momentan der Eindruck entstehe, dass es der Stadtverwaltung egal sei klimaneutral zu werden. Er sichert zu, das gemeinsam mit den Stadtwerken erarbeitete Energiekonzept, zusammen mit Frau Fritz, in der Sitzung am kommenden Donnerstag vorzustellen. Die Klimaneutralität würde auch vom Mobilitätskonzept abhängen. Weiter führt er aus, dass die vorgesehenen 1.000 Fahrradstellplätze nicht alle in die Tiefgaragen kommen werden. Es solle im Erdgeschoss Bereiche geben, welche abschließbar sind und die Fahrräder abgestellt werden können. Das Laden der Pedelecs spiele eher keine Rolle, da man den Akku zum Laden mit in die Wohnung nehmen könne. Zum Thema Ein- und Ausfahrt auf das Areal teilt er mit, dass die geplante Zufahrt lediglich der Ein- und Ausfahrt der östlichen Tiefgarage diene. Es sei keine Zufahrt für das gesamte Gebiet.

Frau Fritz ergänzt, dass die Telekom bereits die Erschließung des gesamten Areals mit Glasfaser zugesichert habe. Weiter teilt sie mit, dass jedes Haus erreichbar sein werde, auch für Umzugswagen. Es solle allerdings von außen nicht angemutet werden, dass jeder überall parken kann. Auch die vorgesehene Paketstation werde für alle Lieferdienste und Lebensmittellieferungen verfügbar sein, sodass im Quartier nicht viel gefahren werden würde.

Stadtrat Härtner ist der Ansicht, dass die Rahmenbedingungen nicht geschaffen werden können und er sodann nicht zustimmen werde. Er fordere eine klare Aussage hinsichtlich der CO² Neutralität.

Stadtrat Gül fragt nochmals nach, wie die vorgesehene Grünfläche bewässert werden wird.

Herr Großmann teilt daraufhin mit, dass der Grundwasserstand dort hoch sei, sodass im Sommer keine Dürre herrschen werde und das Wasser könne gespeichert werden.

Stadtrat Franke pflichtet Stadtrat Härtner bei und erklärt, dass die CO² Neutralität das wichtigste Anliegen sei und solange das Konzept nicht greifbar sei, belaste es die weitere Entwicklung des Bauvorhabens.

Stadtrat Dr. Ketterer fragt, was dagegenspreche, dass man nicht klimaneutral werden könne.

Herr Großmann erklärt, dass man versuche möglichst klimaneutral zu sein. Dies ginge aber aufgrund der Rahmenbedingungen nur schwer, gerade wenn man an die Altlasten denke. Aktuell könne man keine CO² Neutralität und auch keine Klimaneutralität zusagen.

Der Ausschuss für Technik und Umwelt

empfiehlt

dem Gemeinderat mehrheitlich, bei zwei Gegenstimmen und drei Enthaltungen:

Den Entwurf des Bebauungsplans mit örtlichen Bauvorschriften „Obere Walke, Teil I“, Neufestsetzung im Bereich zwischen „Gartenstraße und Murr und Flst. 406/3 und Flurstück 451“, Planbereich 05.07/5 in Backnang nach Maßgabe des Lageplans mit Textteil des Stadtplanungsamts vom 01.07.2020/01.03.2021 und der Begründung vom 01.07.2020/01.03.2021 aufzustellen und öffentlich auszulegen.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Ausschusses für Technik und Umwelt am 18. März 2021 - Öffentlich -	Anwesend: Erster Bürgermeister Janocha als Vorsitzender und 12 Stadträte; Normalzahl 12
--	---

§ 13

56. Änderung des Flächennutzungsplans der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Backnang im Bereich gewerbliche Baufläche "Stockwiesen", Gemeinde Weissach im Tal, Ortsteil Oberweissach - Feststellungsbeschluss

Entsprechend dem Beschluss des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft vom 09.07.2020 wurde der Planentwurf mit Begründung in der Zeit vom 07.09.2020 bis 16.10.2020 öffentlich ausgelegt.

Die im Rahmen der Auslegung vorgebrachten Anregungen und die hierzu ergangene Stellungnahme des Stadtplanungsamts vom 12.01.2021 werden in ihrem wesentlichen Wortlaut in der Sitzung vorgetragen.

Bei der Begründung zur Flächennutzungsplanänderung wurden bei den Punkten 4 Umweltprüfung und 5 Bauleitplanung die jeweiligen Verfahrensstände aktualisiert, sodass die Begründung ein neues Datum erhalten hat. Weitere Änderungen wurden nicht vorgenommen.

Nach der Beschlussfassung im gemeinsamen Ausschuss der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft wird die 56. Änderung des Flächennutzungsplans dem Regierungspräsidium Stuttgart zur Genehmigung vorgelegt.

Der Ausschuss für Technik und Umwelt

empfiehlt

dem Gemeinderat einstimmig:

1. Über die im Rahmen der öffentlichen Auslegung in der Zeit vom 07.09.2020 bis 16.10.2020 vorgebrachten Anregungen entsprechend der Stellungnahme des Stadtplanungsamts vom 12.01.2021 zu entscheiden und dies den Beteiligten mitzuteilen.

2. Die 56. Änderung des Flächennutzungsplans der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Backnang im Bereich gewerbliche Baufläche „Stockwiesen“, Gemeinde Weissach im Tal, Ortsteil Oberweissach nach Maßgabe des Deckblatts vom 28.03.2019 und der Begründung vom 28.03.2019/01.03.2021 des Stadtplanungsamts festzustellen.

3. Die Vertreter der Stadt Backnang im gemeinsamen Ausschuss der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft werden ermächtigt, dem Beschlussvorschlag zu Ziffer 1 und 2 zuzustimmen.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Ausschusses für Technik und Umwelt am 18. März 2021 - Öffentlich -	Anwesend: Erster Bürgermeister Janocha als Vorsitzender und 12 Stadträte; Normalzahl 12
--	---

§ 14

57. Änderung des Flächennutzungsplans der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Backnang im Bereich "Sonderbaufläche Lebensmittelmarkt", Gemeinde Burgstetten, Ortsteil Burgstall - Feststellungsbeschluss

Entsprechend dem Beschluss des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft vom 09.07.2020 wurde der Planentwurf mit Begründung in der Zeit vom 07.09.2020 bis 16.10.2020 öffentlich ausgelegt.

Die im Rahmen der Auslegung vorgebrachten Anregungen und die hierzu ergangene Stellungnahme des Stadtplanungsamts vom 12.01.2021 werden in ihrem wesentlichen Wortlaut in der Sitzung vorgetragen.

In der Begründung zur 57. Änderung des Flächennutzungsplans wurden bei den Punkten 2 Übergeordnete Planungen (bezüglich Zielabweichungsverfahren), 4. Umweltprüfung sowie 5. Bauleitplanung die Verfahrensstände jeweils aktualisiert, sodass die Begründung ein neues Datum erhalten hat. Weitere Änderungen wurden nicht vorgenommen.

Nach der Beschlussfassung im gemeinsamen Ausschuss der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft wird die 57. Änderung des Flächennutzungsplans dem Regierungspräsidium Stuttgart zur Genehmigung vorgelegt.

Der Ausschuss für Technik und Umwelt

empfiehlt

dem Gemeinderat einstimmig:

1. Über die im Rahmen der öffentlichen Auslegung in der Zeit vom 07.09.2020 bis 16.10.2020 vorgebrachten Anregungen entsprechend der Stellungnahme des Stadtplanungsamts vom 12.01.2021 zu entscheiden und dies den Beteiligten mitzuteilen.

2. Die 57. Änderung des Flächennutzungsplans der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Backnang im Bereich „Sonderbaufläche Lebensmittelmarkt“, Gemeinde Burgstetten, Ortsteil Burgstall nach Maßgabe des Deckblatts vom 01.07.2019 und der Begründung vom 15.08.2019/25.02.2020/01.03.2021 des Stadtplanungsamts festzustellen.

3. Die Vertreter der Stadt Backnang im gemeinsamen Ausschuss der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft werden ermächtigt, dem Beschlussvorschlag zu Ziffer 1 und 2 zuzustimmen.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Ausschusses für Technik und Umwelt am 18. März 2021 - Öffentlich -	Anwesend: Erster Bürgermeister Janocha als Vorsitzender und 12 Stadträte; Normalzahl 12
--	---

§ 15

Baubeschlüsse für Umbau,- und Sanierungsmaßnahmen an Schulen, Sporthallen und Verwaltungsgebäuden im Rahmen des genehmigten Haushaltsplans

Herr Stier führt anhand der Präsentation aus.

Am 10. Dezember 2020 hat der Gemeinderat den Haushaltsplan 2021 beschlossen.

Mit Verfügung vom 11.02.2021 hat das Regierungspräsidium die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2021 der Großen Kreisstadt Backnang genehmigt und die Gesetzmäßigkeit bestätigt. Sie ist nach Ihrer öffentlichen Bekanntmachung am 3.3.2021 in Kraft getreten. Damit können die Haushaltsmittel 2021 bewirtschaftet werden.

Der Haushaltsplanung 2021 lagen die anhängenden Kostenschätzungen für die nachfolgend aufgelisteten Maßnahmen über 100.000,-- EUR zugrunde. Für diese sind nach der Hauptsatzung Baubeschlüsse zu fassen.

Bei den beschriebenen Maßnahmen handelt es sich um Sanierungsmaßnahmen im Gebäudebestand, die größtenteils Bestandteil von umfassenden Gesamtmaßnahmen sind. Die Verwaltung schlägt deshalb vor, dass die Baubeschlüsse für diese Maßnahmen im Sinne der Sitzungsökonomie zusammengefasst werden. Jede Maßnahme wird in der Sitzung erläutert.

Folgende Umbau- und Sanierungsmaßnahmen werden im Rahmen des genehmigten Haushaltsplans zur Beschlussfassung vorgeschlagen:

- 1. Sanierung **Verwaltungsgebäude Stiftshof 20**** – Ausbau Büros im Dachgeschoss sowie Einbau einer Radabstellanlage mit Umkleide und Dusche für Radfahrer im Erdgeschoss,
HH-Ansatz **155.000,-- EUR** bei PSK 1124.0305-78710010.001

2. Sanierung und Brandschutz **Grundschule Maubach** – Herstellung eines 2. baulichen Rettungswegs, HH-Ansatz **221.000,-- EUR** bei PSK 2110.0104-78710010.001
3. Sanierung und Brandschutz **Max-Born-Gymnasium** – Klassenzimmer und Brandschutz, HH-Ansatz **200.000,-- EUR** bei PSK 2110.0601-78710010.010
4. Sanierung **Mörrike Gemeinschaftsschule** – Fachraum Biologie mit Vorbereitungsraum, HH-Ansatz **296.000,-- EUR** bei PSK 2110.1001-78710010.001
5. Sanierung **Mörrike Gemeinschaftsschule** – Sanierung von 2 Lehrertoiletten, HH-Ansatz **154.000,-- EUR** bei PSK 2110.1001-78710060.001
6. **Turnhalle und Sportplatz Seminar** – Dachsanierung Turnhalle mit Aufbau einer Photovoltaik-Anlage zur Erfüllung des EWärmeG nach Heizkesseltausch, HH-Ansatz **247.000,-- EUR** bei PSK 4241.0103-78710030.001

Der Gesamtumfang der Maßnahmen 1. bis 6. beläuft sich auf insgesamt 1,273 Mio EUR.

Die Schulhaussanierungs-Maßnahmen 2., 3., 4. und 5. werden nach dem Kommunal-Investitionsförderungsgesetz des Bundes gefördert. Hierzu hat die Stadt Backnang für alle Schulhaussanierungsmaßnahmen an 10 Schulen mit einem Volumen von insgesamt rund 10,3 Mio EUR im Zeitraum von 2018 bis 2023 Zuschussbescheide in Höhe von insgesamt rund 4,54 Mio EUR erhalten. Dies entspricht einer Förderquote von 44 %.

Stadtrat Franke fragt, weshalb das bisherige Treppengeländer getauscht werden müsse, ob es eine neue Verordnung gebe.

Herr Stier erklärt, dass ein Treppengeländer mindestens 100 cm hoch sein müsse, das vorhandene sei aber nur etwas über 90 cm hoch. Die Erhöhung werde man allerdings so durchführen, dass es zum Charakter des bisherigen Treppenhauses passen werde. Außerdem seien immer energetische Maßnahmen durchzuführen, wenn etwas gebaut werden solle. Dies werde man in den nächsten Bauabschnitten der Mörikeschule sehen. Hier würden alle Fenster ausgetauscht werden.

Stadtrat Härtner spricht großes Lob für die PV-Anlage aus. Gerade im Hinblick darauf, dass die Stromkosten immer teurer werden.

empfiehlt

dem Gemeinderat einstimmig:

Der Gemeinderat fasst die Baubeschlüsse zu den nachfolgend und in der Begründung aufgeführten Umbau,- und Sanierungs-Baumaßnahmen bei den Objekten 1. Verwaltungsgebäude Stiftshof 20, 2. Grundschule Maubach, 3. Max-Born-Gymnasium, 4. und 5. Mörike Gemeinschaftsschule sowie 6. Turnhalle und Sportplatz Seminar, im Rahmen des beschlossenen und genehmigten Haushaltsplans in Höhe von insgesamt 1,273 Mio EUR.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Ausschusses für Technik und Umwelt am 18. März 2021 - Öffentlich -	Anwesend: Erster Bürgermeister Janocha als Vorsitzender und 12 Stadträte; Normalzahl 12
--	---

§ 16

Sanierung der Gemeinschaftsschule in der Taus – 5. Bauabschnitt, Haupt- und Zwischenbaugebäude – Vergabe der Lüftungsinstallationsarbeiten

Herr Stier erklärt anhand der Sitzungsvorlage.

Der Gemeinderat/Ausschuss für Technik und Umwelt hat mit Baubeschluss vom 03.04.2014 „der Generalsanierung der Gemeinschaftsschule in der Taus, Seelacher Weg 40 mit der Errichtung von zwei Aufzugsanlagen“ zugestimmt.

Die Arbeiten wurden vom Hochbauamt Backnang beschränkt ausgeschrieben.

Insgesamt wurden die Ausschreibungsunterlagen von 5 Firmen abgeholt.

Zum Submissionstermin am 12.11.2020 lagen folgende 4 Angebote zur Wertung vor.

Nr.	Bieter	Auftragssumme EUR
1.	Bieter 1 Knödler LKK GmbH	170.102,23
2.	Bieter 2	214.683,78
3.	Bieter 3	229.252,98
4.	Bieter 4	245.007,83

Die Knödler LKK GmbH ist nach Wertung der Angebote wirtschaftlichste Bieterin. Der Auftrag wurde gemäß § 9, Absatz 1, Ziffer 3b der Hauptsatzung diesem Unternehmen erteilt.

Der Amtspreis für Lüftungsinstallationsarbeiten lag bei 240.000,-- EUR brutto.

Es sind Mittel im Haushalt der Stadt Backnang für 2020/2021 eingestellt.

Die Folgekosten in Höhe von 1.571,-- EUR pro Jahr beziehen sich auf die Wartung der Lüftungsanlage. Der Wartungsvertrag wird über 4 Jahre mit der Knödler LKK GmbH abgeschlossen.

Die Arbeiten sollen im Juni 2021 beginnen und bis September 2021 abgeschlossen sein.

Stadtrat Härtner erklärt, dass ihm die Begründung auf der zweiten Seite nicht ganz schlüssig vorkommt.

Herr Stier führt dazu aus, dass dies so sei, weil der Baubeschluss von 2014 so gelautet habe.

Der Ausschuss für Technik und Umwelt nimmt den wesentlichen Inhalt zur Kenntnis:

Die Knödler LKK GmbH aus Rudersberg hat am 25.11.2020 vom Hochbauamt Backnang, auf der Grundlage ihres Angebots vom 09.11.2020, den Auftrag für die Lüftungsinstallationsarbeiten in der Gemeinschaftsschule in der Taus, Haupt- und Zwischenbaugebäude zum Gesamtpreis von 170.102,23 EUR einschl. MwSt. erhalten.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Ausschusses für Technik und Umwelt am 18. März 2021 - Öffentlich -	Anwesend: Erster Bürgermeister Janocha als Vorsitzender und 12 Stadträte; Normalzahl 12
--	---

§ 17

Fuß- und Radwegebrücke über die Stuttgarter Straße – Sachstandsbericht

Herr Kaltenleitner erklärt anhand der Anlage und teilt mit, dass die Brücke Wind und Erdbeben standhalten kann, wenn sie restauriert werde. Dies würde laut der Fachfirma die Lebensdauer der Brücke um fünf Jahre erhöhen, sodass sie weiterhin benutzt werden könne. Diese fünf Jahre sollen dafür genutzt werden, ein geeignetes Konzept zu entwickeln.

Der Ausschuss für Technik und Umwelt nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Ausschusses für Technik und Umwelt am 18. März 2021 - Öffentlich -	Anwesend: Erster Bürgermeister Janocha als Vorsitzender und 12 Stadträte; Normalzahl 12
--	---

§ 18

Anfragen

Stadtrat Härtner regt an, den Rötlenweg zu sanieren, da der Fußgängerweg in einem schlechten Zustand sei, sowie die ganze Straße auch. Er fragt, was dort geplant sei.

Herr Kaltenleitner erklärt, dass es Kenntnisse über den schlechten Oberflächenbereich gebe. Man achte bei der Fertigstellung darauf, dass die Schadflächen ausgebessert werden. Ansonsten seien keine größeren Maßnahmen angedacht.

Stadtrat Dr. Ketterer teilt mit, dass durch den Neubau des „Veloland Urban“ an der Straße Richtung Ungeheuerhof ein Graben entstanden sei, in welchem große Steine liegen würden, diese könnten umhergeschleudert werden.

Baudezernent Setzer sichert zu, danach schauen zu lassen und sich darum zu kümmern.